

AL 1-2 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 2 bis 4:

Hier fand einer der ersten großen Ausbrüche statt. Fast 50.000 Menschen haben sich bisher mit dem Corona-Virus infiziert und über ~~1.600~~700 Menschen sind in diesem Zusammenhang verstorben. Monate lang konnten Kinder nicht in die Kita

Begründung

Aktualisierung

AL 1-26 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 26 bis 27 einfügen:

Schwächsten berücksichtigt und Bürger*innen sowie denen, die diese Politik umsetzen, klar und transparent kommuniziert wird.

Auch in der Krise müssen Grundrechte gesichert werden. Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist unbedingt zu achten. Das Infektionsschutzgesetz erlaubt die Einschränkung von anderen Grundrechten, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Bedingung dafür ist die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen. Einschränkungen in unsere Grundrechte, wie zum Beispiel das Kontaktverbot, müssen immer zeitlich begrenzt sein und andauernd nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip überprüft werden. Die Einschränkung von Grundrechten kann immer nur der letzte Weg sein. Wir beobachten mit Sorge, wie Verschwörungstheoretiker*innen und Rechte die Sorgen der Menschen instrumentalisieren und die Debatte um Grundrechte mit falschen Argumenten füttern, um für Ihre Zwecke Hass zu säen.

Unterstützer*innen

Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

AL 1-27 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:

Daher fordern wir GRÜNE für Maßnahmen des Infektionsschutzes eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte, fortentwickelte, permanent evaluierte und transparente Maßnahmenliste mit Sachständen und Bewertungsergebnissen. Ebenso wollen wir die Rechtsgrundlagen für pandemiebedingte Grundrechtseinschränkungen im Hinblick auf Rechtssicherheit, Abwägung der betroffenen Schutzgüter und Transparenz überprüfen und bei Bedarf für eine Änderung eintreten.

Begründung

Der Vorschlag dient als Ergänzung zum sehr guten Änderungsantrag AL 1-26 des LaVo und soll verdeutlichen, welche Schlussfolgerungen aus der darin formulierten Analyse zu ziehen wären.

AL 1-34 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 34 bis 36 einfügen:

zur „alten Normalität“ ist für uns nicht erstrebenswert. Viele Probleme waren hier schon angelegt: soziale Ungleichheit und ein **nicht inklusives** Bildungssystem, das diese noch verschärft, der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, eine schwache soziale

Unterstützer*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Didem Ozan (KV Münster); Sigrid Beer (KV Paderborn); Josefine Paul (KV Münster); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Harald Wölter (KV Münster); Werner Loke (KV Lippe); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ulrich Langhorst (KV Dortmund); Gertrud Welper (KV Borken); Andreas Beckmann (KV Soest); Cordula Ungruh (KV Soest); Markus Kurth (KV Dortmund); Christa Edda Maja Saatkamp (KV Borken); Jens Burnicki (KV Bielefeld); Gabriele Wentzek (KV Unna); Elke Olbrich-Tripp (KV Mark); Ilona Kottmann-Fischer (KV Soest); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-73 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Berivan Aymaz (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 73 bis 74 einfügen:

arbeitet, ob mit deutschem, rumänischem oder bulgarischem Pass, hat den Anspruch, vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt zu werden.

Die Corona-Pandemie ist für uns alle nicht nur eine große Herausforderung, sie deckt auch systembedingte Missstände gnadenlos auf. Die Massenunterbringung von Geflüchteten über einen längeren Zeitraum – teilweise sogar bis zu 24 Monate – die hier in NRW von der schwarz-gelben Landesregierung 2018 mit dem sog. Asylstufenplan eingeführt wurde, war für uns Grüne schon vor der Corona-Krise inakzeptabel, aber jetzt zeigen sich ihre schwerwiegenden Folgen schonungslos.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte teilen sich oftmals mit mehreren Personen ein Zimmer, sanitäre Anlagen und Gemeinschaftsküchen, die angemessene Hygiene- und Schutzstandards insbesondere während einer Pandemie unmöglich machen. Eine aktuelle Studie der Universität Bielefeld belegt, dass Geflüchtete in Sammelunterkünften aufgrund der beengten Verhältnisse besonders gefährdet sind. Wir Grüne haben uns von Anfang an gegen die Kasernierung von Geflüchteten stark gemacht. Jetzt zeigt sich, dass der „Asylstufenplan“ von Minister Stamp gescheitert ist. Daher fordern wir, Geflüchtete möglichst schnell dezentral in den Kommunen unterzubringen.

Vulnerable Personen und Menschen, die den sog. Covid-19-Risikogruppen angehören, müssen in den Flüchtlingsunterkünften systematisch und schnell identifiziert und erfasst werden, um für sie besondere Schutzbedarfe berücksichtigen zu können wie z.B. Unterbringung in getrennten Räumen, Schutz vor Gewalt in Quarantäne, psychologische Betreuung, um Retraumatisierung zu vermeiden.

Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen präventiv und in geeigneter Weise über Corona, allgemeine Schutzmaßnahmen und Verhalten im Erkrankungsfall umfassend aufgeklärt werden. Informationen dienen nicht nur der Vorbeugung von Krankheit, sondern sie bauen auch Ängste und Unsicherheiten ab, verhindern Missverständnisse und ermöglichen gezielte Vorsorge. Neben mehrsprachigen Informationsangeboten müssen für Aufklärung und Prävention auch verstärkt Sprachmittler*innen eingesetzt werden. In allen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem der kostenlose Zugang ins Internet gewährleistet werden.

Unterstützer*innen

Andreas Franco (KV Köln); Sven Lehmann (KV Köln); Vera Stallmann (KV Bochum); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Jule Wenzel (KV Duisburg); Jonathan Sieger (KV Köln); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Cudi Zerey (KV Köln); Jutta Velte (KV Remscheid); Sigrid Beer (KV Paderborn); Zoey Prigge (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-86 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 86 bis 89:

ausgesprochen, den Fokus nicht auf Abschlussprüfungen, sondern auf pädagogische Bedarfe zu legen. ~~Nach den Sommerferien~~ Jetzt steht ~~nun~~ mit der flächendeckenden Schulöffnung die nächste Bewährungsprobe an. Wir GRÜNE haben frühzeitig schon im Frühjahr gefordert, dass rechtzeitig Konzepte dafür entwickelt werden, dass möglichst

Von Zeile 92 bis 97:

Landesregierung setzen wir dabei aber nicht darauf, dass flächendeckend Abstandsregelungen ausgesetzt werden und Unterricht im ~~Vollbetrieb~~ vorgeblichen "Regelbetrieb" stattfindet – in der Hoffnung, dass es schon gut gehen würde. Schon jetzt wird die Landesregierung von ihren Versäumnissen eingeholt– die Maskenpflicht an Schulen ist die Konsequenz einer Planung, die Unterricht mit 30 Kindern in schlecht belüftbaren Räumen als alternativlos ansieht.

„Das Prinzip Hoffnung“ ersetzt keine verantwortliche Planung im Pandemiefall. Wir ~~haben~~ halten deshalb ~~einen~~ an einem Plan B ~~vorgeschlagen~~ fest: Wir brauchen zusätzliches Personal in Form von Lernbegleitteams u.a. aus Lehramtsstudierenden und Pensionär*innen. Wir brauchen zusätzliche

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

Kompetenzen ausgestattet werden, damit in Zukunft gemischte Unterrichtskonzepte ohne Benachteiligung einkommenschwächerer Gruppen oder dem Ausgrenzen von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen möglich sind.

Begründung

Aktualisierung

AL 1-97 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Lena Schmidt (KV Siegen-Wittgenstein)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 96 bis 98 einfügen:

vorgeschlagen: Wir brauchen zusätzliches Personal in Form von Lernbegleiteams u.a. aus Lehramtsstudierenden und Pensionär*innen, aber auch aus studierten Quereinsteigern der Geistes- und Naturwissenschaften.. Wir brauchen zusätzliche Räumlichkeiten außerhalb der Schulen, z.B. in Vereinsheimen und

AL 1-103 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW & Katrin Lögering (KV Dortmund)

Beschlussdatum: 12.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

Kompetenzen ausgestattet werden, damit in Zukunft gemischte Unterrichtskonzepte ohne Benachteiligung einkommensschwächerer Gruppen möglich sind.

Auch viele Studierende wurden von der Corona-Krise hart getroffen. Klassische studentische Beschäftigungsfelder, wie z.B. Nebenjobs in der Gastronomie, im Einzelhandel sowie in der Event-Branche, auf die nach Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 75% der Studierenden für ihre Existenzsicherung angewiesen sind, sind weggefallen.

Über drei Monate gab es hier trotz unzähliger Proteste und einer Petition, die in kurzer Zeit über 50.000 Unterschriften sammelte, keine Reaktion seitens BMBF - es gab keine Aussicht auf Kurzarbeit, keinen Zugang zur Grundsicherung und keinen Rettungsschirm.

Viele Studierende stehen vor der Frage, ob sie ihr Studium und ihren Lebensunterhalt im Studium noch finanzieren können. Manche Studierende mussten aus ihren WGs ausziehen um das Onlinesemester aus finanziellen Gründen zu Hause bei ihren Eltern zu bestreiten, andere haben ihr Studium bereits abgebrochen - dabei handelt es sich um eine signifikant höhere Zahl als im letzten Jahr zum vergleichbaren Zeitpunkt.

Das Notfallprogramm von Bundesbildungsministerin Karliczek ist dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie schlägt vor, dass Studierende sich in der Krise entweder mit dem KfW-Studienkredit verschulden sollen oder Gelder aus einem Nothilfetopf beantragen können, welche in einer sehr geringen Höhe durch hohe Hürden nur an einen Bruchteil der Studierenden ausgezahlt wird.

Die deutlich erhöhten Studienabbruchquoten wie in Berlin alarmieren:

Die Krise wurde zum Systemtest. Das BAföG erreicht derzeit nur noch rund 15% der Studierenden, die Zahlen sind weiter rückläufig. Es spiegelt nicht die Lebensrealitäten der Studierenden wieder.

Was Corona nur nochmal deutlicher gezeigt hat ist, dass wir endlich die Öffnung sowie eine grundlegende Reform des BAföG brauchen, damit die Corona-Krise die Unterschiede bei den Bildungschancen nicht vertieft.

Unterstützer*innen

Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1- 104 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW

Beschlussdatum: 12.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

Junge Menschen haben in den letzten Monaten auf vieles verzichtet und sich dabei sehr verantwortungsbewusst verhalten. Viele haben sich darüber hinaus solidarisch gezeigt und beispielsweise Einkäufe für Risikogruppen organisiert. Über Monate hatten Jugendliche und junge Erwachsene keine Räume der Zusammenkunft. Wenn inzwischen Urlaubsreisen und größere Veranstaltungen wieder möglich sind, dann muss auch Party unter Infektionsschutzmaßnahmen wieder möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit den Kommunen neue Konzepte erarbeitet werden, wie unter freiem Himmel Freiräume geschaffen werden und mit Maske verantwortungsvoll feiern möglich ist.

Unterstützer*innen

Niklas Geßner (KV Solingen); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-107 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 105 bis 107:

In NRW gibt es hunderttausende Selbstständige und kleine, mittlere Unternehmen. Auch unter ihnen sind tausende von der Krise hart getroffen, vor allen aus der Veranstaltungsbranche, im Gastgewerbe, bei den Schaustellern oder

Von Zeile 117 bis 124:

da die Landesregierung zu Beginn andere Voraussetzungen kommuniziert hatte. ~~Sollte es bei einer Rückzahlungspflicht bleiben, muss~~ Es ist gut, dass die Landesregierung auf Druck der ZeitraumBetroffenen und der Opposition die Rückzahlung von Ende Dezember deutlich nach hinten geschoben werden; möglicherweise bis zum Zeitpunkt, bis ein Impfstoff gefunden ist ~~ausgesetzt hat. Auf~~ Jetzt muss klar gemacht werden: Die Abrechnungsregeln dürfen nicht im Nachhinein geändert werden oder zu neuen Engpässen führen. Das landeseigene kleine Hilfsprogramm zur Existenzsicherung, das die Landesregierung auf ~~enormen Druck u.a. durch GRÜNE hat die Landesregierung nachgesteuert und ein eigenes kleines Hilfsprogramm zur Existenzsicherung aufgelegt, das allerdings~~ von GRÜNEN aufgelegt hat, ist mit so vielen Hürden und Auflagen versehen ~~wurde~~, dass es nur wenige in Anspruch nehmen können. Wir erneuern unsere Forderung nach einem wirksamen Rettungsschirm für

Begründung

Aktualisierung

AL 1-118 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Lena Schmidt (KV Siegen-Wittgenstein)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 119 bis 121:

Rückzahlung von Ende Dezember deutlich nach hinten geschoben werden, ~~möglicherweise bis zum Zeitpunkt, bis ein Impfstoff gefunden ist~~ sich die Pandemie entspannt und sich das kulturelle und ökonomische Leben an die 'Normalität' angenähert hat. Auf enormen Druck u.a. durch GRÜNE hat die Landesregierung nachgesteuert und ein eigenes

AL 1-186 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Nyke Slawik (KV Leverkusen)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 186 einfügen:

Queerfeministisch, antirassistisch & solidarisch – Geeint in Vielfalt durch die Coronakrise

Während der Coronakrise sind soziale Missstände wie unter einem Brennglas stark vergrößert sichtbar geworden. Der Wegfall von Hilfsangeboten, die verschlechterte wirtschaftliche Lage und soziale Isolation hat besonders Frauen, queere Menschen, people of color und gesellschaftliche Minderheiten getroffen. Wir Grüne sehen diese Entwicklungen mit Sorge. Wir stehen für Solidarität und ein starkes WIR mit allen Menschen und stellen uns gegen jede Form der Entsolidarisierung!

Gerade **jetzt muss die soziale Infrastruktur gestärkt und finanziell abgesichert werden.** Beim Shutdown und der Kontaktereduzierung auf die Familie haben Fälle häuslicher Gewalt bei Frauen und Kindern zugenommen. Das Ausmaß wird erst langsam sichtbar. Schon vor Corona waren Frauenhäuser überlastet. Aber jetzt brauchen sie ebenso wie die Frauenberatungsstellen zusätzliche Mittel, Betroffenen zu helfen. Auch mussten soziale, queere und migrantische Projekte im Zuge des Lockdowns heruntergefahren oder pausiert werden mit besonders fatalen Folgen für diejenigen in der Gesellschaft, die der aktuellen Pandemie schutzlos ausgeliefert sind wie bspw. obdachlose Menschen. Auch Jugendliche, ältere, ärmere und Menschen mit Behinderung, psychischen und/oder chronischen Erkrankungen, gehören zu den besonders Gefährdeten in der Krise, die unsere Aufmerksamkeit und Solidarität verdienen.

Black Lives Matter! Studien aus den USA und England zeigen, dass die Infektions- und Todeszahlen durch das Virus besonders dort hoch sind, wo viele PoC leben, weil ihre soziale Lage und die Versorgung oftmals viel schlechter ist als andernorts. Das darf nicht passieren. Die Gesundheitsversorgung darf PoC und die migrantischen Communities nicht vernachlässigen. Niemand darf aufgrund seiner*ihrer Hautfarbe oder Herkunft schlechter behandelt werden!

Ausgehend von den USA ist die „Black Lives Matter“-Bewegung nach dem Mord an George Floyd durch Polizisten erstarkt und um die Welt gegangen. Auch in Deutschland haben im Frühjahr hunderttausende Menschen gegen Rassismus demonstriert und eine wichtige Debatte über rassistische Diskriminierung und Gewalt vorangetrieben. Wir solidarisieren uns mit der Bewegung und bekräftigen unsere bestehenden antirassistischen Positionen. Unser Ziel als Partei bleibt es, people of color eine Stimme zu geben!

Queer solidarity! Der Sommer ist in der Regel für queere Menschen und allen, die für Vielfalt eintreten, CSD-Saison. Es ist die Zeit, wo politische Forderungen der LGBTIQ*-Community auf die Straße gebracht werden, gefeiert und sich ausgetauscht wird. Viele Aktionen konnten aufgrund der Pandemie nicht stattfinden. Wir Grüne stehen an der Seite der Community und bekennen auch in diesen schwierigen Zeiten Flagge, online und offline so viel möglich. Wir kämpfen weiter gegen jede Form der Queerfeindlichkeit und für echte Gleichberechtigung!

Für ein Europa der Menschenrechte! Mit großer Sorge haben wir die Angriffe auf die Rechte von LGBTIQ* und Frauen in der Coronakrise im europäischen Ausland verfolgt. Nicht nur hat in diesem Jahr in Polen die Anzahl der Regionen, die sich zu „LGBTI-freien Zonen“ erklärt haben, einen traurigen Höhepunkt erreicht,

auch hat der polnische Präsident Duda mit schrecklichen Anfeindungen gegen queere Menschen in den Wahlkampf gezogen. Nun hat die polnische Regierung zudem den Rücktritt aus der Istanbul-Konvention bekannt gegeben, dem Europarat-Abkommen, das sich der Ächtung von Gewalt gegen Frauen verschreibt. In Ungarn wurde trans* Personen sogar das Existenzrecht aberkannt, da ihnen die rechtliche Möglichkeit, ihr richtiges Geschlecht anerkennen zu lassen, geraubt wurde. Auch Rumänien hat Schlagzeilen mit queerfeindlicher Politik gemacht: Dort wurde nach russischem Vorbild ein „Anti-Homopropaganda-Gesetz“ verabschiedet, das die Behandlung von Genderthemen an Schulen und Universitäten verbietet. Wir Grüne verurteilen diese Angriffe auf die Menschenrechte europäischer Bürger*innen scharf und werden uns weiter für die Rechte von Frauen und queeren Personen in ganz Europa stark machen!

Leave no one behind! Wir müssen die humanitäre Katastrophe in den überfüllten Geflüchtetenlagern verhindern. Allein im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos leben über 20.000 Menschen, einem Lager das für 3000 Menschen ausgelegt ist. Hygiene- und Abstandsregeln können hier kaum eingehalten werden und die Versorgungslage ist schlecht. Das Lager muss dringend evakuiert werden, um eine humanitäre Corona-Katastrophe zu verhindern. Die Geflüchteten müssen auf andere europäische Länder verteilt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und NRW Geflüchtete aufnimmt, denn wir haben Platz. Kein Mensch ist illegal!

Wir Grüne stellen uns gegen die Entsolidarisierung mit Minderheiten in der Coronakrise und treten als Bündnispartei ein für ein starkes, solidarisches Miteinander mit den zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Gemeinsam und bunt sind wir stark gegen Corona. Wir fordern:

- Ein **Maßnahmenpaket gegen häusliche Gewalt** in der Coronakrise und eine Stärkung der Hilfsangebote für betroffene Frauen sowie ein lautstarkes außenpolitisches Bekenntnis zur **Einhaltung der Istanbul-Konvention**
- Einen **Rettungsschirm für Projekte in sozialen Bereichen**, die queere Community („Regenbogenrettungsschirm“) und die Migrationsarbeit
- Angebote und eine **gesundheitliche Kommunikationsstrategie für nicht-deutschsprachige und Menschen mit Migrationshintergrund**
- Einen **Aktionsplan gegen Rassismus** in der Polizei, unseren öffentlichen Institutionen sowie eine Aufklärung und Aufarbeitung deutscher kolonial-rassistischer Geschichte
- Den **Einsatz für Menschenrechte bei unseren europäischen Nachbar*innen** und in diesem Zuge die Nutzung bestehender Vernetzungen, z.B. über Städtepartnerschaften, um uns für Menschen- & LGBTIQ*-Rechte in Europa einzusetzen
- Den Einsatz für eine **sofortige Evakuierung der überfüllten Geflüchtetenlager** in Griechenland und die **Aufnahme von Geflüchteten in NRW**

Unterstützer*innen

Ulle Schauws (KV Krefeld); Michael Röls (KV Dortmund); Sven Lehmann (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Kathrin Henneberger (KV Köln); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Jule Wenzel (KV Duisburg); Sonja Fasbender (KV Köln); Josefine Paul (KV Münster); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Julia Woller (KV Köln); Anja Boenke (KV Leverkusen); Santharupiny David (KV Leverkusen); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Bettina Miserius (KV Leverkusen); Nils Kriegeskorte (KV Ennepe-Ruhr); Claudia Wiese (Leverkusen KV); Andreas Franco (KV Köln); Stefan Pausch (KV Leverkusen); Thea Jacobs (KV Bochum); Berivan Aymaz (KV Köln); Zoey Prigge (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Alexandra Geese (KV Bonn); Niclas Ehrenberg (KV Düsseldorf); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-202 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 202 bis 203:

vertut, wie die Bundes- und Landesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen und dem ~~Kohleausstiegsgesetz~~Kohlegesetz, fährt in Richtung Abstellgleis.

Unterstützer*innen

Michael Röls (KV Dortmund); Christoph Stolzenberger (KV Heinsberg); Veit Otto (KV Köln); Sven Lehmann (KV Köln); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Günter Schlanstedt (KV Köln); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Inga Krautz (KV Köln); Hartmut Neubauer (Köln KV); Frank Theilen-von Wrochem (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund); Max Lucks (KV Bochum); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Katharina Müller (KV Paderborn); Volkhard Wille (KV Köln); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-206 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 206 bis 209:

Auch das beschlossene ~~Kohleausstiegsgesetz~~Kohlegesetz stellt nicht die richtigen Weichen. Es ist vielmehr ~~die einseitige Aufkündigung des Kohlekompromisses durch~~ein Verrat der Bundes- und Landesregierung an die künftigen Generationen. ~~Der~~Ein Kohleausstieg im Jahr 2038 ist viel zu ~~langsam und~~spät sowie viel zu teuer. Schuld trägt daran auch die Regierung Laschet, die RWE Geschenke in Milliardenhöhe gesichert

Von Zeile 213 bis 214:

schreiben. Es ist richtig, dass nun Verfassungsklage gegen das ~~Kohleausstiegsgesetz~~Kohlegesetz geführt wird.

Unterstützer*innen

Michael Röls (KV Dortmund); Christoph Stolzenberger (KV Heinsberg); Veit Otto (KV Köln); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Günter Schlanstedt (KV Köln); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Inga Krautz (KV Köln); Hartmut Neubauer (Köln KV); Max Lucks (KV Bochum); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Katharina Müller (KV Paderborn); Volkhard Wille (KV Köln); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-233 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 233 einfügen:

- Die Zerstörung von Dörfern, Wäldern und fruchtbarem Boden – nur um mit der Braunkohle darunter die Klimakrise weiter anzufeuern – ist nicht zu rechtfertigen. Wir wollen in der Tagebauregion des Rheinlandes zeigen, dass eine gerechte Transformation gelingen kann und hier eine Region der Zukunft schaffen. Dazu gehört, dass kein Mensch mehr aus seinem Zuhause für die Braunkohle vertrieben werden darf. Wir sagen: Alle Dörfer Bleiben.

Unterstützer*innen

Michael Röls (KV Dortmund); Christoph Stolzenberger (KV Heinsberg); Veit Otto (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Günter Schlanstedt (KV Köln); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Inga Krautz (KV Köln); Hartmut Neubauer (Köln KV); Frank Theilen-von Wrochem (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund); Max Lucks (KV Bochum); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Katharina Müller (KV Paderborn); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-310 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Wolfgang Rettich (KV Bochum)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 310 einfügen:

Die Corona-Krise zeigt, dass viele Kleinst- und Kleinunternehmen, die oft nur durch den oder die Eigentümer*in geführt werden kaum Rücklagen haben. Arbeitnehmer*innen die sich in einem sicheren Arbeitsverhältnis wiegten, ob in der Industrie, im Handel, im Gastgewerbe oder in der Tourismusindustrie hatten und haben existenzielle Ängste um Ihren Job und ihr monatliches Einkommen. Die Sparquote in Deutschland ist erbärmlich niedrig. Wirtschaftliche Schocks konnten von den sogenannten Normalverdiener*innen bereits vor Corona kaum durch Vorsorge abgedeckt werden. Die Corona-Krise zeigt eindeutig, dass unserem jetzigen System ein stabilisierender Faktor fehlt. Wir möchten den Menschen diese existenziellen Ängste nehmen. Daher werden wir die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens stärker verfolgen und voranbringen. Die Einführung eines Grundeinkommens ist eine Systemumstellung und muss - das ist uns klar - behutsam gestaltet werden. Alleine in NRW können wir dies nicht durchsetzen, dennoch werden wir uns als Landesverband NRW auf Bundesebene für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark machen und aktiv einsetzen. Für NRW erwarten wir von der Landesregierung ein Konzept für einen ernstgemeinten Feldversuch. Unsere Landtagsfraktion wird aufgefordert dementsprechend hinzuwirken.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Florian Pankowski (Bochum KV); Karsten Finke (KV Bochum); Anna di Bari (KV Bochum); Max Lucks (KV Bochum); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Oliver Buschmann (KV Bochum); Sebastian Pewny (KV Bochum); Daniel Gorin (KV Bochum); Franziska Krumwiede-Steiner (KV Mülheim); Raphael Dittert (KV Bochum); Michael Merkel (KV Bochum); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Caroline Beckmann (KV Siegen-Wittgenstein); Thomas-Christian Börger (KV Siegen-Wittgenstein); Tobias Bröcker (KV Siegen-Wittgenstein); Manfred Beck (KV Gelsenkirchen); Paul Humann (KV Gelsenkirchen); Ralf Rozandsky (KV Bochum); Niklas Geßner (KV Solingen); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-356 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Sven Lehmann (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 356 bis 357 einfügen:

höher. Wir streiten für gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dabei geht es auch um eine generelle Neubewertung von (Care-)Tätigkeiten.

Für Menschen, die schon vor der Corona-Pandemie in Armut lebten, sind die Folgen der Krise besonders tiefgreifend. Längst ist der Gang zur Tafel für Menschen in der Grundsicherung zur Normalität geworden. Denn die viel zu niedrig bemessenen Regelsätze reichen kaum aus, um durch den Monat zu kommen. Davon ist der Frisör, der seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken muss genauso betroffen wie Kinder in Bedarfsgemeinschaften oder die Rentnerin, die mit der Grundsicherung im Alter ihre kleine Rente ausgleichen muss. In Nordrhein-Westfalen trifft dies besonders viele Menschen. In der Corona-Krise sind viele der wichtigen Hilfsangebote weggebrochen und gleichzeitig die Kosten, z.B. durch erhöhte Lebensmittelpreise, gestiegen. Deshalb fordern wir als kurzfristige Maßnahme einen monatlichen Zuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro für Erwachsene sowie 60€ für Kinder und Jugendliche. Die Corona-Krise hat uns aber auch gezeigt, wo unser soziales Netz generell löchrig ist und wie wir es für zukünftige Krisen enger stricken müssen. Deshalb wollen wir Hartz IV überwinden und mit der Grünen Garantiesicherung das soziale Sicherungsversprechen erneuern. Mit deutlich höheren Regelsätzen, die das soziokulturelle Existenzminimum sichern und Teilhabe garantieren. Mit passgenauer Förderung sowie Beratung auf Augenhöhe und einem Ende der Sanktionspraxis in den Jobcentern. Mit individuellen Leistungen ohne Anrechnung des Partner*in-Einkommens. Mit Hinzuverdienstregeln, die sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Wir wollen und dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Krise zu einer Gerechtigkeits- und Armutskrise wird.

Unterstützer*innen

Katharina Dröge (KV Köln); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Ulle Schauws (KV Krefeld); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Julia Woller (KV Köln); Michael Röls (KV Dortmund); Josefine Paul (KV Münster); Günter Schlanstedt (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Karsten Ludwig (Krefeld KV); Harry von Bargen (KV Krefeld); Veit Otto (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Nils Kriegeskorte (KV Ennepe-Ruhr); Jonathan Sieger (KV Köln); Alexandra Geese (KV Bonn); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Chris Craz (KV Köln); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-393 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND NRW

Beschlussdatum: 12.08.2020

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 393 bis 395 einfügen:

dabei, echte Mitspracherechte und Beteiligung zu erstreiten. Es ist höchste Zeit, dass Bund und Länder das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 absenken. Dies muss der erste Schritt sein, um politische Mitbestimmung für alle Menschen unabhängig ihres Alters zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Kitas, Schulen und in den

Unterstützer*innen

Cordula Ungruh (KV Soest)

AL 1- 424 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:

Krise häufig besonders stark betroffen und müssen deshalb auch besonders in den Fokus dieser Maßnahmen rücken. Stay-at-home bedeutete insbesondere für einige Frauen und ihre Kinder eine Potenzierung der Gewalt, die sie auch sonst schon zu Hause durch ihren Partner erleben müssen. Hier bedarf es dringend eine zusätzliche Bereitstellung finanzieller Ressourcen, denn mehr Gewalt führt zu einer deutlich höheren Belastung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen.

Unterstützer*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Didem Ozan (KV Münster); Sigrid Beer (KV Paderborn); Josefine Paul (KV Münster); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Harald Wölter (KV Münster); Werner Loke (KV Lippe); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ulrich Langhorst (KV Dortmund); Gertrud Welper (KV Borken); Andreas Beckmann (KV Soest); Cordula Ungruh (KV Soest); Markus Kurth (KV Dortmund); Christa Edda Maja Saatkamp (KV Borken); Jens Burnicki (KV Bielefeld); Gabriele Wentzek (KV Unna); Elke Olbrich-Tripp (KV Mark); Ilona Kottmann-Fischer (KV Soest)

AL 1-424 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Nyke Slawik (KV Leverkusen)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:

Krise häufig besonders stark betroffen und müssen deshalb auch besonders in den Fokus dieser Maßnahmen rücken.

Damit wir echte Gleichberechtigung politisch erreichen können, bleibt es weiterhin unser Ziel, die Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen deutlich zu erhöhen. Nur wenn Frauen aktiv mitentscheiden können, kann sich etwas an ihrer gesellschaftlichen Lage verändern. Deshalb setzen wir uns für ein **Paritätsgesetz** in NRW und auf Bundesebene ein, damit mind. 50% der Mandate in unseren Parlamenten mit Frauen besetzt werden. **Denn Frauen gehört die Hälfte der Macht!**

Unterstützer*innen

Ulle Schauws (KV Krefeld); Sven Lehmann (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Kathrin Henneberger (KV Köln); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Jule Wenzel (KV Duisburg); Sonja Fasbender (KV Köln); Josefine Paul (KV Münster); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Julia Woller (KV Köln); Anja Boenke (KV Leverkusen); Santharupiny David (KV Leverkusen); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Bettina Miserius (KV Leverkusen); Nils Kriegeskorte (KV Ennepe-Ruhr); Michael Röls (KV Dortmund); Claudia Wiese (Leverkusen KV); Stefan Pausch (KV Leverkusen); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Thea Jacobs (KV Bochum); Berivan Aymaz (KV Köln); Niklas Geßner (KV Solingen); Katrin Lögering (KV Dortmund); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Alexandra Geese (KV Bonn)

AL 1-494 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 494 bis 496 löschen:

- Barrieren. Wir sorgen dafür, dass Orte ihre Identität bewahren, verhindern Wildwuchs und Flächenfraß und schaffen Raum für zukunftsweisende Ideen ~~beim Bauen und Stadtentwicklung entsteht~~.

Von Zeile 516 bis 518 löschen:

- Mobilitätsangebot schaffen, mit dem alle bequem und stressfrei zum Ziel kommen. Eines, dass die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in unseren Orten sorgt. In mittleren und großen Städten NRWs wollen wir

Von Zeile 522 bis 526:

- CarSharing- Angebote und eine gute Vernetzung aller Verkehrsmittel. Wir wollen flächendeckend ein Mindestangebot etablieren von ~~stündlichen~~ halbstündlichen, in Großstädten ~~halbstündlichen~~ viertelstündlichen, Anbindungen mit Bus, Bahn oder Ruftaxi - wochentags mindestens von 05:30 bis 23:30 Uhr, nachts, an Wochenenden und Feiertagen sollte es ebenfalls ein bedarfsgerechtes Mindestangebot geben. Die Kommunen sind dabei durch entsprechende Förderprogramme finanziell zu unterstützen. Wir GRÜNE

Von Zeile 537 bis 539:

- reduzieren und ökologische und wirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen. ~~Die, die~~ Lebensräume lokaler Tier- und Pflanzenarten zu schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotop besser

Von Zeile 554 bis 555 einfügen:

- **Wir nehmen ernst, wem die Zukunft gehört - Kindern und Jugendlichen**. Sie sind diejenigen, die am längsten mit den Folgen der Entscheidungen von

Begründung

Teils redaktionelle Änderungen. Aber über die Taktungen im ÖPNV müssen wir sprechen. Eine Mindesttaktung von einer Stunde sowie einer halben in Städten erscheint mir tagsüber zu wenig, schon an Wochenenden ist ein Halbstundentakt bei innerstädtischen Verbindungen problematisch. Deshalb schlage ich einen höheren Anspruch an eine Mindesttaktung vor. ÖPNV funktioniert dann am besten, wenn die Nutzer*innen nicht auf den Fahrplan gucken müssen, sondern auf eine zuverlässige und enger getaktete Verbindung vertrauen können.

Unterstützer*innen

Manfred Beck (KV Gelsenkirchen); Paul Humann (KV Gelsenkirchen)

AL 1-514 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 526 bis 528 einfügen:

- durch entsprechende Förderprogramme finanziell zu unterstützen. Wir GRÜNE machen NRW zum Fahrradland Nr. 1. Dafür wollen wir in den Städten, Gemeinden und Kreisen mehr in Sicherheit, Qualität und Attraktivität des Radverkehrs

Begründung

Es sollte auch Gemeinden explizit genannt werden.

AL 1-515 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 517 bis 519 einfügen:

- kommen. Eines, dass die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in unseren Orten sorgt. In mittleren und großen Städten NRWs wollen wir „sofern vor Ort möglich und sinnvoll“ mittelfristig autofreie Innenstädte. Dafür brauchen wir vor allem ein

Begründung

De jure (§ 4 GO NRW) kann man "mittlere Städte" schon ab 20.000 Einwohner definieren. Vor diesem Hintergrund und um auch den örtlichen GRÜNEN eine gewisse Flexibilität in ihrer Positionierung zu gewähren, sollte die beantragte Einschränkung vorgenommen werden.

AL 1-534 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 534 bis 536 einfügen:

- Wirtschaften voran. Wir fördern Klimaschutz im Kleinen, der Großes bewirkt. Dazu zählen zum Beispiel der radikale Ausbau erneuerbarer Energien wie Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden und die Förderung von privaten Solaranlagen, ebenso wie moderne effiziente Konzepte zur Energieversorgung in Wohn- und Gewerbegebieten, oder auch verbesserte Bedingungen für lokal emissionsfreie Antriebe. Wir fördern einen neuen Umgang mit Flächen: Die Potentiale von Flächenrecycling wollen wir ausschöpfen, um den Verbrauch neuer Flächen zu

Begründung

Klimaschutz ist eines der GRÜNEN Kernthemen, dazu gehört selbstverständlich auch der Energiebereich (der das Thema leider an mancher Stelle dominiert). In den kommunalpolitischen Kernfeldern des Leitantrags taucht dieser Aspekt jedoch leider gar nicht auf und sollte zumindest mit Essentials erwähnt werden.

Unterstützer*innen

Volkhard Wille (KV Köln); Ute Sickelmann (KV Kleve); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)

AL 1-550 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Martin Metz (KV Rhein-Sieg)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 550 bis 552 einfügen:

- flächendeckendes Netz der Gesundheitsvorsorge und starke soziale Einrichtungen. Die Kinderbetreuung und den Ganzttag an Grundschulen wollen wir weiter ausbauen und die Gebühren dafür so weit möglich senken, unter der Bedingung dass die Qualität darunter nicht leidet. Wir setzen uns für die Integration von Geflüchteten ein und streiten dafür, dass Kultur und Sozialleistungen der Krise nicht zum Opfer

Begründung

Kinderbetreuung im Kita-Alter und im Grundschulalter ist (erst recht aufgrund des geltenden bzw. geplanten Rechtsanspruchs) in quasi allen Kommunen ein besonders wichtiges Thema und sollte daher zumindest erwähnt werden.

Unterstützer*innen

Ute Sickelmann (KV Kleve)

AL 1-557 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Nyke Slawik (KV Leverkusen)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 557 einfügen:

- Wir machen unsere **Kommunen zu starken Orten der wehrhaften Demokratie & Vielfalt**, wo Menschen verschiedenster Identitäten wie unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Identität sich austauschen und gemeinsam ihre Nachbarschaften gestalten können. Gerade vor dem Hintergrund der schrecklichen rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre wie dem Mord an Walter Lübcke, Halle und Hanau, müssen wir uns in unseren Kommunen mit aller Kraft als Demokrat*innen gemeinsam gegen Hass und Hetze stellen. Deswegen wollen wir gezielt kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen und demokratische Begegnungsorte schaffen gerade mit Blick auf den Bedarf verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, z.B. Frauen, Migrant*innen, Jugendliche, alte Menschen und queere Personen. Wir setzen uns dafür ein, auch in Pandemiezeiten unter Einhaltung der jeweils geltenden Hygieneregeln solche Begegnungsorte zu erhalten. Eine Isolation einzelner Gruppen und ein Erliegen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wollen wir unbedingt verhindern. Die Vision für unsere Kommunen sind vielfältige und bunte Nachbarschaften!

Unterstützer*innen

Michael Röls (KV Dortmund); Sven Lehmann (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Kathrin Henneberger (KV Köln); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Jule Wenzel (KV Duisburg); Florian Pankowski (Bochum KV); Sonja Fasbender (KV Köln); Ina Besche-Krastl (KV Mettmann); Julia Woller (KV Köln); Anja Boenke (KV Leverkusen); Santharupiny David (KV Leverkusen); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Bettina Miserius (KV Leverkusen); Nils Kriegeskorte (KV Ennepe-Ruhr); Ulle Schauws (KV Krefeld); Claudia Wiese (Leverkusen KV); Stefan Pausch (KV Leverkusen); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Andreas Franco (KV Köln); Thea Jacobs (KV Bochum); Berivan Aymaz (KV Köln); Zoey Prigge (KV Köln); Niklas Geßner (KV Solingen); Katrin Lögering (KV Dortmund); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Alexandra Geese (KV Bonn); Niclas Ehrenberg (KV Düsseldorf)

AL 1-557-2 Heute das Morgen in NRW gestalten

Antragsteller*in: Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 557 einfügen:

- Kinderschutz ist uns ein zentrales Anliegen und systemrelevant. Schon vor der Corona-Pandemie haben viele Jugendämter mit einem zu knapp bemessenen Personalschlüssel gearbeitet. Viele Fachkräfte gehören zur Risikogruppe oder haben kleine Kinder. Als Folge gab es kaum noch oder sogar keine Kontakte mehr zu Familien, die bislang aus Kinderschutzgründen engmaschig betreut wurden. Ambulante und stationäre Hilfen wurden teilweise ganz eingestellt, da die Jugendämter die Unterstützungen nicht als Fachleistungsstunden akzeptierten. Die Folgen für die Kinder sind dramatisch, und oft unbemerkt: sie waren oder sind mit ihren Eltern, die sie misshandeln oder ihre Grundbedürfnisse nicht erfüllen können, rund um die Uhr zusammen. In vielen Fällen kann ihr Recht auf Unversehrtheit, der Schutz vor Missbrauch oder auch die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse nicht sicher erfüllt werden. Auch überforderte Eltern hatten keine Ansprechpartner*innen mehr und waren sich selbst und ihrer Hilflosigkeit überlassen. Wir sehen die Gefahr, dass sexualisierte Gewalt wieder noch weiter ins Verborgene abrutscht. Umso wichtiger ist es sowohl die Jugendämter, als auch die freien Träger entsprechend personell und finanziell so auszustatten, damit diese ihre Arbeit auch bei einem erneuten Shutdown intensiviert und unter Beachtung des Infektionsschutzes durchgeführt werden kann. Wie im Bereich Schule ist auch hier dringend ein Plan B erforderlich, der klare Orientierung bietet und bereit ist neue Wege zu gehen, z. B. durch den Einsatz von Studierenden nach entsprechenden Schulungen. Darüber hinaus sind neben den bekannten Hotlines auch vermehrt Online-Anlaufstellen z. B. über Instagram oder Tiktok einzurichten, die alle Kinder und Jugendliche ansprechen/erreichen. Kinder mit Beeinträchtigungen sind besonders gefährdet und haben, ebenso wie ihre Eltern, einen besonders hohen Bedarf an Fürsorge und Unterstützung. Es muss gesichert sein, dass diese Familien weiterhin alle erforderlichen Hilfen und Kontakte, z. B. mit den ihnen bekannten Integrationshelfer*innen behalten. Die Vielfalt der Träger der Jugendhilfe muss erhalten und gestärkt werden, damit keine Versorgungslücken in der Jugendhilfelandchaft entstehen. Nur so können wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen zukünftig sicherstellen.

Unterstützer*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Didem Ozan (KV Münster); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Werner Loke (KV Lippe); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ulrich Langhorst (KV Dortmund); Gertrud Welper (KV Borken); Andreas Beckmann (KV Soest); Cordula Ungruh (KV Soest); Markus Kurth (KV Dortmund); Christa Edda Maja Saatkamp (KV Borken); Jens Burnicki (KV Bielefeld); Gabriele Wentzek (KV Unna); Elke Olbrich-Tripp (KV Mark); Niclas Ehrenberg (KV Düsseldorf); Ilona Kottmann-Fischer (KV Soest); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen)